

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 6. August 1912.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergnügungsrate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 90.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Marginalien (II). — Aus dem Rechenschaftsberichte des Verbandes. — Zur Gartenstadtfrage. — Tätigkeit der Arbeitersekretariate im Jahre 1911.

Korrespondenzen: Waupen. — Bielsfeld. — Eisenach (M. S.). — Elberfeld. — Eilen. — Frankfurt a. M. — Gannau i. Schl. — Heidelberg. — Mannheim.

Rundschau: Rückgang der Leistungen. — Vergütung städtischer Druckerarbeiten. — Konturs Lavale in Sachsch. — Tarifbewegung der Hilfsarbeiter in Leipzig. — Zwei italienische Buchdrucker als Mädchenmörder. — Wertwürdiges Versehen. — Verlorst bis ins hohe Alter. — Lohnvertragsvorteilerpressung. — Internationales Jahrestage. — Eine Verzerrung. — Unvollkommenheiten für Gewerkschaften. — Aus der guten alten Zeit. — Geistliche Sicherung des industriellen Friedens. — Bautatastrophe.

## Marginalien.

II.

In den zu Anfang Juli erschienenen Artikeln „Wo stehen wir?“ ist der Breslauer Tagung unserer Prinzipale eine scharfe Beleuchtung zuteil geworden. Gleichzeitig vermittelten wir der Kollegenschaft einen Einblick in die vielgestaltigen und vielbesagenden geschäftlichen und organisatorischen Verhältnisse der Prinzipalität, wie er pordem noch nicht möglich war. Diese Orientierung wurde dann erweitert durch eine nähere Beschäftigung mit den im Prinzipalslager lauter werdenden kritischen Stimmen über den Tarif und unsere Tariforganisation. Aus alledem erhellte, daß drüben Strömungen und Entwicklungen sich breit machen, die für die Gehilfenschaft Anlaß genug sein müssen, mit reger Aufmerksamkeit den Vorgängen bei den Prinzipalen zu folgen.

Die Situation nach Breslau zeigt keine bemerkenswerte Veränderung. Jedenfalls kann nicht gesagt werden, daß das, was unmittelbar vor der Breslauer Hauptversammlung sich abspielte und dieser spezifische Bedeutung verleiht, Augenblicksstimmungen waren. Wohl ist einige Abkühlung eingetreten. Was in der Stunde der Begeisterung die Gemüter erregt und die Gefühle lebhafter bewegt, verliert unter den rauhen Eindrücken des Werkeltags an Impuls merklich. Bei den Gehilfen ist es nicht anders. Die Stunden der Gemeinsamkeit lassen den Gedankenflug höhere Rekorde erreichen. Klüchtige Ideen gelangen zur Frühreife, weitgesteckte Pläne werden in febernder Hast geschmiebelt. Das ist auch ein Charakteristikum, und zwar das der Mehrzahl aller Tagungen. Richard Härtels Schlussworte bei der Gründung des Verbandes vor 46 Jahren: „daß er nur an Sachen denkt, die er wirklich ausführen will, und die bloßen Wünsche so lange auf die passive Tagesordnung setzt, bis die Zeit der Ausföhrung gekommen ist“, sind leuchtende Denksteine, gefest von einem eminent schöpferischen Geist. Aber nicht immer sitzen Meister auf dem gewerkschaftlichen Stuhle. Die Zahl der sich berufenen Föhrenden steht zumeist in keinem Verhältnisse zu den tatsächlichen Auserkorenen. Das ist nun einmal nicht anders bei uns unvollkommenen Menschenkindern mit unsern Schwächen und unserm engen Horizont. Und wo der Flug höher geht, die geistigen Schwingen größere sind, hat sich oft schon bewahrheitet, was Goethe der Olympier den Dichter im Vorspiele zum „Faust“ (I) sagen läßt: „Was glänzt, ist für den Augenblick geboren, das Schöne bleibt der Nachwelt unverloren.“ Wenn man unsere Generalversammlungen in Parallele stellt zu anderen Tagungen, und sonderlich zu denen der Prinzipale,

so wird die Wertung recht unterschiedlich ausfallen. Wo es an überragenden Geisteskräften fehlt, sind stimulierende Stimmungen und Beschlüsse die übliche Erscheinung und Folge. Nach dem äußerlichen Effekt aber läßt die innere Leere nicht auf sich warten. Was die Denkenden, tiefer Schürfenden dann instinktiv als Nichtbefriedigung empfinden, setzt sich bei den Oberflächlichen, bei denen, die die Musik machen, in noch größere Unzufriedenheit als zuvor um. Dann kann die Sache erst gefährlich werden.

Wir wollen nicht gefagt haben, bei unsern Prinzipalen mangle es an hervorragenden Köpfen. Sie treten nur nicht genügend heraus. Sofern sie aber in der Schutzlinie stehen und einen ganzen Mann ins Vordertreffen gestellt haben, wird alles versucht und alles getan, ihre mutvoll behauptete Position mit Erschwernissen jeder Art zu umgeben, sie flügelstumm zu machen oder gar gegen sich selbst setzen zu lassen. Halbheit, Kurzsichtigkeit, Kleinlichkeit und Streitlust aber greifen zum Ruder und steuern ins Ungewisse oder direkt auf die Klippen zu.

Hat die Prinzipalität nicht auch nicht Männer wie England und Frankreich in ihren Marine- und Luftminister Churchill und Delcassé, die während der sowieso schon großen Julihitze so manchem deutschem Angsthafem mit ihren Redereien sowie ihrer feingepönnenen Einkreisungspolitik gegen Frau Germania noch besonders schmil zumute gemacht haben, so sind deren verkleinerte oder verschlimmerte Ausgaben in unserm Gewerbe trotz der hohen Wärmegrade unverdrossen am Werke, die Gehilfenschaft resp. unsern Verband zu isolieren. Sie wollen das Werk von Breslau vollenden, wünschen selbst das Unerreichbare auf die aktive Tagesordnung gesetzt zu sehen. Ihr Standpunkt ist, daß der Worte nun genug gewechselt sind.

Lassen wir aus Zweckmäßigkeitsgründen, nicht etwa ihrer Bedeutung wegen, die lautesten Schreier zuerst einmal sagen, „was ist“. Aus dem Arbeitgeberverbandesorgane, das neuerdings seiner Verbreitung der Tarifgegnerchaft durch vermehrte Aufnahme von Gehilfengesuchen zu direkt tarifwidrigen Bedingungen oder solcher von Nichttariffirmen — was sich hinter den unkontrollierbaren Chiffreanzeigen verbirgt, bleibe dahingestellt — einen schlechten Dienst erweist, vermag der kundige Hebaner so manches zu schöpfen. Da wird z. B. über die Vorgeschichte der Gründung des besonderen Fonds — „Streiffonds“ nennt ihn das Arbeitgeberverbandesorgan kurz und deutlich — eine Version gegeben, die unser in Nr. 77 darüber schon geäußerten Auffassung entspricht. Es heißt nämlich:

Nun hat also die „Zeitschrift“ plötzlich entdeckt, daß der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins hinter der Gründung des Streiffonds steht resp. die Initiative hierzu ergriffen hat. Wir haben ganz andre Informationen und wissen, daß wir uns hierin nicht täuschen. Nämlich darin, daß die Initiative nicht von dem Hauptvorstand ergriffen worden ist, sondern daß der Hauptvorstand von den Mitgliedern resp. einigen Mitgliederkreisen erst dazu gedrängt werden mußte. Man hat mit nachdrücklichen Briefen und Resolutionen den Leipziger Hauptvorstand so lange überhäufet, daß er sich gar nicht mehr davor retten konnte und schließlich dazu übergehen mußte, die Anregung zur Gründung eines Streiffonds zu geben. So ist der wahre Sachverhalt und nicht, wie es die „Zeit-

schrift“ darzustellen versucht. Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins resp. die Anhänger der Bügensteinischen Tarifpolitik hätten nie daran gedacht, einen Streiffonds zu gründen, weil ihre Absicht eben dahin ging, immer und immer wieder um jeden Preis den Tarif zu erneuern.

Was der Moniteur der Arbeitgeberverbände hier als den wahren Sachverhalt bezeichnet, ist immerhin besser, als wenn die Sache umgekehrt läge. Man kennt ja die eigentlichen treibenden Kräfte im Deutschen Buchdruckervereine, dessen Leitung sich eben fügt, um nicht Schlimmeres heraufzubeschwören. Eine größere Gefpanntheit in den Beziehungen zur Gehilfenschaft ist für sie immer noch das kleinere Übel.

Aber daß auch im Vorstande der Prinzipalsorganisation mit dem Wechsel der Personen ein anderer Geist sich bemerkbar macht, zeigt der Konflikt der Stereotypen und Galvanoplastiker bei der Firma J. Klinhardt in Leipzig. Sieht man dabei von dem erst im letzten Augenblicke hinzugekommenen Momente der Überstundenverweigerung der betreffenden Gehilfen ab, so läßt sich in allen Phasen dieser Differenz, bei der allerdings die Firma Klinhardt mehr der geschobene Teil ist, nicht ein Punkt entdecken, an dem ein Bestreben auf billige Verständigung mit der in Betracht kommenden Kategorie von Gehilfen zu ersehen wäre. Da in einem eingefandten Artikel der „Zeitschrift“ über diesen Streiffond sowohl im allgemeinen wie im besondern ansehbare Anschauungen entwickelt worden sind, werden wir darauf noch näher zu sprechen kommen.

Wenn der Fonds für besondere Zwecke recte der Streiffonds „eine erlösende Tat“ sein soll, wie der Vorstand des Vereins Berliner Buchdruckermeister sich in einem Zirkular ausgelassen hat, so steht diese homöopathische Bewertung nicht nur mit den Tatsachen in Widerspruch, sondern das Arbeitgeberverbandesorgan, das Mitte Juli voller Frohlocken über den Räder von Breslau war, schwächt durch den in seiner Nummer von Anfang August zur Schau getragenen Pessimismus alle Überschwinglichkeiten in dieser Hinsicht beträchtlich ab. Das ist beachtenswert.

Ist das sich selbst zugeteilte Ruhmesgemüse: Der Arbeitgeberverband habe in der Gründung dieses Streiffonds einen namhaften Erfolg seiner Tätigkeit zu erblicken; einer Tätigkeit, die in der letzten Zeit dankenswerterweise gefördert wurde durch die entscheidende Stellungnahme der Prinzipalität des Reiches Rheinland-Westfalen sowie einer großen Anzahl Prinzipale in Berlin, auch nicht ohne Belang für die Beurteilung der ganzen Situation, so liegt das Wesentliche doch nicht darin, sondern in Auslassungen wie den folgenden: Die „Streiffondsgründung“ müsse gewiß ernst genommen werden. Zum mindesten sei „ein beachtenswerter Anlauf“ damit unternommen worden.

Indessen darf man sich keinen Illusionen hingeben. So erfreulich die Tatsache der Streiffondsgründung ist, so ist doch offensichtlich klar, daß das Maß des Beschlossenen viel zu gering ist. Dieser Streiffonds ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Er wird wohl der bisherigen Ebbe in der Klasse des Prinzipalsvereins einigermaßen zu steuern vermögen, aber er wird keineswegs den Anspruch erheben dürfen, dem Zwölfmillionenriegelschlag des sozialdemokratischen Gehilfenverbandes ein wirksames Paroli zu bieten. Der Beitrag von 10 Pfennigen mähentlich auf den Kopf des im Buchdruckerbetriebe beschäftigten technischen Per-

fonals ist viel zu niedrig. Nehmen wir günstigstenfalls an, der Deutsche Buchdruckerverein werde zu seiner Streikfasse eine halbe Million Mark jährlich vereinnahmen, so macht das in den noch vor uns liegenden vier Jahren bis zur nächsten Tarifrevision ganze zwei Millionen Mark aus. Bis dahin aber ist der Kriegsschlag der sozialdemokratischen Gehilfen, das kann man mindestens annehmen, auf 15 Millionen Mark angewachsen. Das Machtverhältnis würde also für die Prinzipale bestenfalls etwa ebenso ungünstig liegen wie bei der Tarifrevision an der Wende des Jahres 1911.

So weit wir jede Identifizierung mit den scharfmacherischen Tendenzen derer um Zillesen, Reismann-Grone, Marcour usw. von uns weisen, diese pessimistischen Töne über den „Streikfonds“ haben doch mehr als ephemere Bedeutung. Zumal die von dem Arbeitgeberverbandorgan mit allem Nachdruck verfolgte „Notwendigkeit“, die Prinzipale zu einer „Opferwilligkeit in viel, viel höherem Maßstabe“ zu erzwingen, an den von uns in den eingangs erwähnten Artikeln schon betonten Realitäten scheitert. Im „Korr.“ vom 23. Juli ist bereits gesagt worden, daß der Fonds für besondere Zwecke die von uns vermutete Wirkung auszulösen beginnt. Wenn in der hier gemeinten Rundschau nicht von einem auffälligen Sinnüberwechseln aus der Prinzipalsorganisation in den Zeitungsverlegerverein Mitteilung gemacht wurde, so findet diese Flucht vor dem „Streikfonds“ auch in dem Arbeitgeberverbandblättern bedauernde Konstatierung. In seiner neuesten, so wenig hoffnungsvollen und zukunftsreichen Nummer steht sich der „Reichsanzeiger“ für unsre tatendürftigen Scharfmacher zu einer weiteren Elegie gezwungen: Der Deutsche Buchdruckerverein habe bei der Einziehung der gewöhnlichen Mitgliederbeiträge immer schon Schwierigkeiten gehabt. Jetzt höre man bereits von Mitgliederverlusten bei der Prinzipalsorganisation sprechen, „weil die erhöhten Beiträge den Mitgliedern nicht passen“. Es erscheine somit überhaupt fraglich, „ob die angemessene Summe tatsächlich zusammenkommt und nicht etwa zum großen Teil bloß auf dem Papiere steht“. Das jetzt schon zu schreiben, vier Wochen nach dem Inkrafttreten der pränumerando zu zahlenden Kriegskontribution, dürfte dem Organe der Arbeitgeberverbändler nicht leicht geworden sein. Weisen doch dadurch gerade seine gangbarsten Aktien auf eine betrieblliche Bauffe hin.

Hätte die Prinzipalsorganisation dem Tiefstand ihres Finanzthermometers in regulärer Weise aufzuhelfen versucht, so wären ihr innere Schwierigkeiten und äußere Gegenwirkungen erspart geblieben. So es aber nicht ohne eine ganze Anzahl zereemonieller Verbeugungen vor den Deuten der schärferen Tonart in Breslau abgehen durfte, sitzt man nun in der Patzche. Nicht die in der „Zeitschrift“ erschienenen — auffallend wenigen — Versammlungsberichte, in denen sich die Hurra Stimmung über die Gründung des „Streikfonds“ noch fort-pflanzt, gewähren ein richtiges Spiegelbild von dem Echo, das jene „erlösende Tat“ gefunden, sondern was man auf andern Wegen zu hören bekommt. Und da ergibt sich, daß es nicht allein die bei unsern Prinzipalen traditionelle Beitragsunlust ist, die eine andre Art von Widerhaarigkeit erstehen läßt, sondern eher wird damit eine prinzipielle Abweisung der scharfmacherischen Tendenzen bekundet, die nun einmal unlegbar bei der Prinzipalität stärker in die Erscheinung treten. Bei den vielen Besitzern kleiner und mittlerer Druckereien, die zu einem ansehnlichen Prozentsatz aus dem Gehilfenstande hervorgegangen sind, dem Verbande früher angehörten und diese ihre Eierhäfen — Gott sei Dank! — vielfach nicht abzustreifen vermögen, werden, ja müssen sich solchen Experimenten gegenüber Widerstände entgegenstellen.

Noch ist der Arbeitgeberverband und Kreis II nicht die Prinzipalität! Wenn am 27. Juni eine Versammlung in Dortmund, die wie alle Prinzipalstagungen in Rheinland-Westfalen nur schwach besucht war, sich in der Hauptfasse mit dem besonderen Fonds beschäftigte und trotz eigentlich doch weiter Befriedigung der Wünsche des Kreises II „ein großes Mißvertrauen zu der Leitung des Deutschen Buchdruckervereins nach vielen Richtungen hin“ bekundete — selbst bei Mißtrauensvoten muß

Rheinland-Westfalen eine Extrawurst haben, sei es auch nur sprachlich —, so kann man das zu dem übrigen legen; denn es gibt die wahre Stimmung nicht wider, wenn es auch die tonangebende Richtung charakterisiert. Auch die Fabeln von einem Niedergange der Tarifgemeinschaft, wie sie von Herbert Heitz ign Organe der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände quantitativ düstern und qualitativ schlecht erzählt wurden, finden wenig oder gar keinen Anklang. Das hat sich in Saarbrücken geradezu drastisch gezeigt, wo kürzlich der Spieß-Tiltsche „Sofalanzeiger“ dieses Geschäft abdruckte, während die „Saarbrücker Zeitung“ und die „Neue Saarbrücker Zeitung“ mit dem bekannten Artikel „Die Gewerkschaft des Tariffriedens“ darauf reagierten, also unsrer Organisation Lob und Anerkennung zollten. Sogar in der „Zeitschrift“ scheiden sich die Geister. Tritt doch in der Nummer vom 2. August Dr. Alfred Heller, ein Münchner Druckereibesitzerssohn, den mehr Arbeitswilligen schützenden Verlangenden in so bemerkenswerter Weise entgegen, daß wir darauf noch zurückkommen werden.

Die Buchdruckergehilfen gehören im allgemeinen nicht zur Familie der Hasen und die Verbandsleitung sowie die „Korr.“-Beute fallen nicht bei jedem Knall einer Platzpatrone über den Haufen. Wer das Tamtam mit der Prinzipalklasse erlebt hat und so manches Strohfeuer auf dem jenseitigen Ufer brennen sah, blickt weiter. Wir unterschätzen damit gewiß nicht die Wandlung bei unsern Prinzipalen. Aber sie zu überschätzen, liegt für uns ebensowenig Veranlassung vor als für Deutschland wegen des aller Augenblicke auftauchenden Kriegslärms.

Was die Prinzipale für 1916 auf die aktive Tagesordnung setzen wollen, ist uns wohlbekannt. Unsre Organisation zu jeder Zeit intakt zu halten und die Mitglieder stets auf dem Posten zu sehen, ist und bleibt die wichtigste, ständige Aufgabe. Was sich drüben abspielt, muß der belebendste Faktor für den Verband sein. Nicht in dem Sinne, daß auch bei uns die stimulierenden Tagungen mit der gewohnten Ernüchterung-Brauch verbunden; mit dem Ernste und der imponierenden Ruhe, mit der alles, was mit Breslau zusammenhängt, aufgenommen ist, möge auch dem Kommenden entgegen gesehen und begegnet werden. Es war eine Freude, diese machtvolle Überlegenheit wahrnehmen zu können. Die paar nervösen Zuckungen zu Anfang verschwinden in dem großartigen Gesamtbilde geruhiger Reserve. Mögen die noch angekündigten Stellungnahmen eine ebenso selbstbewußte Geschlossenheit erkennen lassen!

Daß der „Korr.“ bei den offenen wie bei den verkappten Scharmachern unten durch ist, versteht sich eo ipso. Das Arbeitgeberverbandorgan mit der „Korr.“-Redaktion käme sogleich als Oberzenosor mit dem Bannstrahl, wenn ein Kreis des Buchdruckervereins es wage, nicht Gehilfen-, sondern Prinzipalsinteressen zu vertreten! Es wirt uns einen hochfahrenden Ton vor, redet von einem ge-

wohnten Machtzettel des Verbandsorgans und meint, wenn die Prinzipalsorganisation sich an eine der beiden Scharmacherzentralen anschließen würde, dann werde uns diese ungläubliche Schreibweise schon vergehen. Daß die Haltung des „Korr.“ von den Vorgängen rundherum bestimmt wird und nicht von unsrer Seite zur Offensive übergegangen ist; scheinen die wackeren Kriegsheter nicht einmal zu ahnen. So lange der Arbeitgeberverband sich selbst quitiert, daß seine Saat im Buchdruckervereine herrlich aufgeht, sind wir eben genötigt, auf einen Schelmen anderthalben zu setzen. Nur nicht Ursache und Wirkung verwechseln!

## Aus dem Rechenschaftsberichte des Verbandes.

Das Studium unserer Verbandsjahresberichte ist gewiß für viele Kollegen kein sehr interessantes. Es werden ihrer wohl nicht wenige sein, die nach einem flüchtigen Durchblättern das Heftchen beiseite legen. Und doch können auch trodene Zahlen sehr interessant sein, wenn man sich nur ein wenig Mühe gibt, darüber nachzudenken.

Die folgenden Ausführungen sollen die überraschend großen Schwankungen der Höhe der ausgezahlten Unterstützungen in den einzelnen Gauen vor Augen führen. Die Ziffern sind dem Rechenschaftsberichte für 1911 entnommen und danach berechnet. Untenstehende Tabelle gibt hierüber einen Überblick.

Durchschnittlich hat jeder Gau 2812 Mitglieder. Von den 23 Gauen gehen sieben über diesen Durchschnitt hinaus, und zwar Bayern, Berlin, Leipzig, Mittelrhein, Rheinland-Westfalen, In der Saale, Württemberg.

Die Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige beträgt pro Kopf eines jeden Mitglieds 15,14 M. Nicht Gauen überschreiten diese Höhe; nämlich: Bayern, Berlin, Elsaß-Lothringen, Leipzig, Mittelrhein, Oberhessen, Posen, Württemberg.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt auf den Kopf des Mitglieds 14,24 M. Mehr zahlen fünf Gauen: Bayern, Berlin, Dresden, Hamburg-Altona, Leipzig.

An Gesamtunterstützung (sämtliche Unterstützungs-zweige des Verbandes) entfallen auf jedes Mitglied 39,55 M. Hier überschreiten sieben Gauen den Durchschnitt: Berlin; Bayern, Dresden, Elsaß-Lothringen, Leipzig, Mittelrhein, Schlesien.

Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung steigt ziemlich gleichmäßig auch die Krankenunterstützung in den einzelnen Gauen. Dies kommt wohl nicht daher, daß arbeitslos werdende Mitglieder eine Krankheit „vorziehen“, um in den Genuß einer höheren Unterstützung zu gelangen, sondern es hat sicherlich seinen Grund darin, daß viele Kollegen erst bei Konditionslosigkeit sich ihres abgeraden Körpers erinnern. Solange sie „Kunft“ haben, arbeiten sie, bis es durchaus nicht mehr geht.

Die Gauen, welche den Durchschnitt der Unterstützungshöhe überschreiten, sind durchweg große Gauen mit großen Druckereien. Ganz besonders fallen die Gauen Bayern, Berlin und Leipzig auf. Die Mitglieder dieser Gauen enthalten bald ebensoviele Unterstützung aus der Verbandskasse als sie an Beiträgen an diese einzahlen. Am ungünstigsten in dieser Beziehung steht der Gau Berlin da, der wohl in der Höhe der Gesamtunterstützung hinter Bayern zurückbleibt, aber für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung die höchsten Summen auf den Kopf des Mitgliedes ausahlt. Bayern hat dagegen infolge seiner ausgeübten Größe und seiner Vorliebe für reisende Kollegen große Aufwendungen an Reiseunterstützung.

Die hohen Ortsunterstützungen entfallen nicht durch Zufälligkeiten gerade auf die Großstädte, sondern sind

Gau:	Mitgliederzahl	Unterstützung an vorübergehend Arbeitsunfähige		Arbeitslosenunterstützung		Gesamtsumme der Unterstützungen	
		insgesamt M.	pro Kopf M.	insgesamt M.	pro Kopf M.	insgesamt M.	pro Kopf M.
Bayern	4908	81 301,10	16,57	86 518,—	17,65	249 080,54	50,75
Berlin	11502	230 473,60	19,53	263 058,50	22,29	584 532,10	49,53
Dresden	2325	34 319,70	14,76	33 687,50	14,53	96 890,55	41,67
Elsaß-Lothringen	1123	18 927,10	16,85	14 703,50	13,09	47 518,—	42,31
Erzgebirge-Bogtland	1520	15 027,05	9,89	14 457,—	9,51	41 586,—	27,09
Frankfurt-Gießen	2690	38 914,10	14,47	33 127,75	12,32	92 680,—	34,43
Hamburg-Altona	2493	26 416,60	10,60	43 945,50	17,63	90 925,10	36,48
Hannover	2698	32 579,50	12,08	22 073,75	8,18	95 998,15	35,57
Leipzig	5500	90 916,—	16,53	89 143,75	16,21	237 244,40	43,14
Mecklenburg-Schwerin	619	6 447,10	10,42	5 545,25	8,96	22 937,25	37,06
Mittelrhein	2088	45 249,61	15,14	34 199,25	11,45	115 939,76	39,93
Nordwest	1217	15 179,40	12,46	10 090,—	8,27	37 290,65	30,60
Oberhessen	1394	21 236,80	15,23	14 294,25	10,25	53 127,70	38,80
Ober	2101	24 385,60	11,13	19 707,50	9,38	63 307,30	30,13
Ostpreußen	2220	30 148,20	13,58	21 540,25	9,70	76 610,90	34,51
Posen	699	10 133,—	14,50	8 039,75	11,50	27 082,20	38,74
Rheinland-Westfalen	477	8 693,—	18,10	3 968,50	8,32	15 893,95	33,32
In der Saale	7528	102 863,70	13,66	84 775,50	11,26	232 860,95	30,93
Schlesien	3013	40 419,40	13,42	41 464,50	13,76	100 293,30	33,20
Schleswig-Holstein	2497	31 552,80	12,64	34 995,—	13,97	99 375,15	39,80
Westpreußen	951	9 200,95	9,68	8 657,50	9,10	29 710,65	31,26
Württemberg	525	6 299,55	12,—	7 194,50	13,70	17 872,10	34,04
	3880	56 790,70	16,80	25 395,75	7,51	127 093,55	37,60



begründet in der „Flucht vom Lande“. Während in der Provinz gar nicht selten ein Mangel an Arbeitskräften besteht, liegen in den Großstädten Hunderte von arbeitslosen Kollegen, die Unterstützung begehren. In der Provinz dagegen sind die Kollegen periodenweise fast täglich zu überflüssigen gezwungen.

Hier würde eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeitskräfte durch die Arbeitsnachweise, eventuell auch durch organisatorischen Zwang, von wohlthuernder Wirkung sein. Kollegen, die nicht dringend an den Ort gebunden sind, müssten „aufs Land“ geschickt werden. Auch wäre vielen, namentlich jüngeren Kollegen in der Großstadt eine freiwillige „Aufschiebung“ nur dienlich. Denn nicht immer sind es die günstigeren Fortbildungsmöglichkeiten, die den Zug nach und das Bleiben in der Großstadt hervorgerufen!

Frankfurt a. D.

H. L.

## Zur Gartenstadtfrage.

Wenn man die Ausführungen der beiden Kollegen in Nr. 87 von der richtigen Seite betrachtet, so sind es annehmbare Wünsche und schöne Anregungen. Sie aber zu verwirklichen, wird noch lange dauern. Trotzdem der Kleinstadtkollege von besonderer Wohnungsschönheit oder gar Gartenbenutzung auch sehr wenig spürt — in Dörfern sind unsere Kollegen selten anzutreffen —, wäre manchem verheirateten Großstadtkollegen eine andere Wohnungsgelegenheit gewiß zu wünschen. Denn wer hätte nicht schon einmal nach der Großstadt korrespondiert mit der näheren Adresse: „Wohnhaft Gartenhaus“! Wie solch ein Gartenhaus indes aussieht, wissen die Kollegen am besten, die eine solche Wohnung haben: schmaler Hof, von Luft und Licht wenig zu spüren, ein paar verkommene Sträucher.

Da nun unbebaute Grundstücke in, um und noch weit außerhalb der Großstadt meistens von Zerringsellschaften beherrscht werden, diese jedoch wahre Wucherpreise nehmen, so ist der Geldpunkt des Rätsels Lösung. Ein Einfamilienhaus oder Zweifamilienhaus mit etwas Garten auf so einem teuren Stückchen Erde würde sich nicht rentieren. Nehme man an: ein Grundstück für zwei Familien kostet 20000 Mk. mit 4 Proz., so würden 800 Mk. aufzubringen sein. Für eine Wohnung mit etwas Gartenbenutzung ein teures Vergnügen! Um es rentabler zu machen, müßte man schon Mastviehzucht und Landwirtschaft betreiben. Wo käme man dann aber hin?

Jedoch noch ein wichtiger Punkt ist zu beachten. Würde man sich noch weiter außerhalb der Großstadt anschauen, wie stände es dann mit dem Verkehr zur Arbeit? Die Sache, welche sich in den Großstädten machen, die in Werkstätten arbeiten, die von der Großstadt und der Großstadtkundschaft nicht so abhängig sind und schon vorübergehend nach einer Kleinstadt übersiedelten. Dort ist aber der Lokalzuschlag Kardinalpunkt.

Sollte wirklich eine Änderung im Wohnungswesen nach dieser Richtung möglich sein, so müßte vorläufig zu den Arbeiterbauvereinen übergegangen werden, wo mehrere Familien in einem Hause wohnen und auch Gartenbenutzung haben. Solche Bauvereine bestehen schon viele, ein ansprechendes Muster z. B. in Landesgut i. Schl. Jeder Bewohner hat Gartenbenutzung und Raum zu Gemüßepflanzungen, gemeinsame Badegelegenheit im Sommer wie Winter, eiren Hofraum mit Stallungen. Die Kinder schöne Spielplätze, Turngeräte und sonstige Belustigungen. Auch ich wünsche, daß in der Wohnungsfrage etwas geschieht (was aber keine spezielle Aufgabe der Gewerkschaften sein kann. Red.), denn wer kennt nicht die Gelüste der Hausarbeiter!

Pfeß (Oberöchl.).

S.

## Tätigkeit der Arbeitersekretariate im Jahre 1911.

Nach dem von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der statistischen Beilage zu Nr. 28 des „Korrespondenzblatt“ veröffentlichten Ergebnisse der alljährlichen Umfrage hat die Zahl aller für das erwerbstätige Volk errichteten Rechtshilfeeinrichtungen zwar nur im geringen Maße zugenommen, dagegen kann die Steigerung nach der Zahl der Personen, welche sich an die Rechtshilfeeinrichtungen der organisierten Arbeiterschaft wandten, erheblich genannt werden, ebenso die Zahl der von den Sekretariaten geleisteten Auskünfte und Rechtshilfen.

Im Vorjahre berichteten 112 Sekretariate. Dieselben bestanden alle auch durch das Jahr 1911; es ist keines hiervon im Berichtsjahr eingegangen. Eine Tatsache, die sonst nicht zu konstatieren war und welche darauf schließen läßt, daß mit der Festigung der Organisationen der Arbeiterschaft auch diese Einrichtungen eine stärkere Stabilität erlangt haben. Neu errichtet wurden 1911 6 Sekretariate; ein siebentes, bisher unter Auskunftsstellen gezählt, berichtete über das Jahr 1911 gleichfalls als Sekretariat, so daß die Statistik mit 119 Sekretariaten abschließt. Zu konstatieren ist, daß mit der Errichtung eines Sekretariats in Danzig nunmehr in allen Provinzen und Landesteilen Deutschlands Sekretariate der organisierten Arbeiterschaft bestehen, von den vorhandenen 119 Sekretariaten sind 13 Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes. Die Zahl der Sekretariate, die den

Kartellen unterstehen und von diesen verwaltet werden, ist auf 62, also 52 Proz. aller Sekretariate angewachsen.

Die Auskunftserteilung oder Rechtshilfegewährung erfolgt in der größeren Anzahl aller Sekretariate an alle Ratuchende. Der andre Teil beschränkt die Auskunftserteilung und die weitere Rechtshilfe. Persönliche Beratungen haben im Berichtsjahre 99 Sekretariate übernommen. 13 weitere Sekretariate übernahmen solche des Zeitaufwandes wegen nur in Ausnahmefällen, meist nur vor den Gewerbegerichten. Die Übermittlung von Bescheiden an die Gewerbeaufsicht übernahmen 113 Sekretariate. Statistik besorgten 75 Sekretariate. 87 Sekretariate besorgten auch noch gemeinlich die Agitation und verrichteten andre gewerkschaftliche Arbeiten.

627028 Auskünfte und Rechtshilfesuchen wandten sich im Berichtsjahre an die Sekretariate. Die Zahl stieg gegen das Vorjahr um 47944, das sind 8,27 Proz. Von den Auskunftsuchen waren 590758 Arbeitnehmer oder Angehörige von solchen, also 94,22 Proz. der Gesamtauskunftsuchen. Von Angehörigen anderer sozialer Stände, wie selbständige Handwerker, selbständige Gewerbetreibende, Arbeitgeber oder sonst Personen anderer Stände, wandten sich 30850 an die Sekretariate um Auskunft oder Rechtshilfe.

Die Zahl der erteilten Auskünfte stieg im Berichtsjahre auf 658958. Das Mehr gegen das Vorjahr beträgt 48061, die Zunahme also 7,86 Proz. Von den Auskünften wurden 625264 mündlich, 33694 schriftlich erteilt. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze stieg gegen das Jahr 1910 erheblich, und zwar von 141083 auf 150050, also um 6,35 Proz.

Für elf Jahre liegen nun über die Tätigkeit der Sekretariate statistische Aufzeichnungen vor. In dieser Zeit wandten sich in 4096921 Fällen Ratuchende an die Arbeitersekretariate, 4285909 Auskünfte bzw. Rechtshilfen konnten geleistet werden. Von diesen Auskünften und Rechtshilfen entfielen auf: Arbeiterversicherung 1275908 = 29,8 Proz., Bürgerliches Recht 1257804 = 29,3 Proz., Arbeits- und Dienstvertrag 638367 = 14,9 Proz., Gemeinde- und Staatsangelegenheiten 558918 = 13,0 Proz., Strafrecht 286104 = 6,7 Proz., Arbeiterbewegung 64156 = 1,5 Proz., Privatversicherung 50815 = 1,2 Proz., Handels- und Gewerbesachen 25475 = 0,6 Proz., Vereins- und Verbandsangelegenheiten 10204 = 0,2 Proz. und Sonstiges 109404 = 2,5 Proz.

Von den im letzten Jahre wahrgenommenen 598 persönlichen Vertretungen erfolgten 3858, also mehr als die Hälfte, vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung. Die zur Ausübung der persönlichen Vertretung wahrzunehmenden Termine erreichte 1911 die erhebliche Zahl von 7380. Es wurden 1911 621 Termine mehr wahrgenommen als 1910.

Von der Gesamteinnahme, welche 556373 Mk. betrug, entfielen, von den Gewerkschaftskartellen und den freiwilligen Organisationen 418426 Mk. Das sind 74,85 Proz. der Gesamteinnahmen. Aus Staats- und Gemeindepflichten erhielten: das Sekretariat Koburg, das vollständig aus Staats- und Gemeindepflichten unterhalten wird, 2400 Mk., das Sekretariat von Bant einen Zuschuß von 1100 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 512918 Mk.

Die Auskunftsstellen der Gewerkschaftskartelle gingen im Berichtsjahre von 203 auf 198 zurück, trotzdem haben auch bei von diesen Einrichtungen erteilten Auskünften und angefertigten Schriftsätze abermals zugenommen.

Von beiderlei Einrichtungen zusammen wurden im letzten Jahre 706325 Auskünfte erteilt, gegen das Vorjahr eine Steigerung von 40082. In welchem Umfange die gemeinnützige Tätigkeit der Sekretariate und Auskunftsstellen sich entwickelt hat, wird ersichtlich, wenn man der Zahl von 1911 die Zahl des Jahres 1905 gegenüberstellt, aus welchem das erstmalig für beide Einrichtungen zusammen Zahlen vorliegen. Die im Jahre 1905 von beiden Einrichtungen erteilten Auskünfte betragen 315946.

Es haben an das reichsstatistische Amt für das Jahr 1911 im besonderen berichtet 114 gemeindliche und staatliche Rechtsauskunftsstellen für 309997 erteilte Auskünfte und 51967 angefertigte Schriftsätze. Ferner 29 Rechtsauskunftsstellen gemeinnütziger Vereinigungen über 188099 Auskünfte und 27956 Schriftsätze. Die unter Auskunftsstellen sonstiger Arbeitervereinigungen aufgeführten Einrichtungen sind solche gelber Verbände oder Vereine. Sie berichteten über nur 4566 erteilte Auskünfte und 2019 angefertigte Schriftsätze. Unter den Rechtsauskunftsstellen politischer Vereinigungen berichtete die Rechtsauskunftsstelle des Deutschen Osmarervereins. Auskunftsstellen des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie sind im letzten Berichte nicht enthalten. Zusammen berichteten 29 dieser Auskunftsstellen über 28991 Auskünfte und 14667 Schriftsätze. Rechtsauskunftsstellen für Frauen berichteten 91 über 34539 erteilte Auskünfte und 4268 angefertigte Schriftsätze.

Die Hirsch-Dunderschen Verbände gruppieren ihre Einrichtungen in Arbeitersekretariate (9), Rechtsauskunftsstellen (30) und Auskunftsstellen (11). Hier berichteten 50 Rechtsauskunftsstellen über 52260 Auskünfte und 11115 Schriftsätze. Das im „Gewerbeverein“ veröffentlichte Adressenverzeichnis führt 60 Einrichtungen auf, von welchen 32 nur den Mitgliedern der Verbände zur Verwendung offen stehen, welche die Auskunftsstellen errichtet haben.

Von Einrichtungen christlicher Gewerkschaften berichteten 54 über 40773 erteilte Auskünfte und 23614 angefertigte Schriftsätze. Auch bei diesen kann angenommen werden, daß der größere Teil dieser Einrichtungen nur den Mitgliedern der Verbände zur Verfügung steht, welche

dieselben geschaffen haben, denn es werden 50 von diesen 54 Einrichtungen als Einrichtungen bestimmter Verbände bezeichnet.

Das gleiche mag für die Auskunftsstellen der polnischen Berufsvereinigungen zutreffen, von welchen 7 über 10662 Auskünfte und 6983 Schriftsätze berichteten.

Rechtsauskunftsstellen von Arbeitgebern berichteten 9 über 9486 Auskünfte und 4903 Schriftsätze.

Von professionellen Rechtsauskunftsstellen haben 19 evangelische über 32268 Auskünfte und 14520 Schriftsätze, 128 katholische über 264063 Auskünfte und 109096 Schriftsätze berichtet. Das reichsstatistische Amt bemerkt dazu, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften „vielfach die vom Volksvereine für das katholische Deutschland errichteten Volksbüros und die Arbeitersekretariate der katholischen und evangelischen Arbeitervereine benutzen, denen die christlichen Gewerkschaften teilweise bestimmte Beiträge für die unentgeltliche Unterweisung ihrer Mitglieder in Rechtsfragen zahlen“.

## Korrespondenzen.

**Waugen.** Vom schönsten Wetter begünstigt, nahm unser am 28. Juli in Gestalt eines Ausflugs nach dem Klosterberge bei Demitz abgehaltene Bezirksjahnnissest ein durchaus zufriedenstellenden Verlauf. Trotz der enormen Hitze hatte sich eine beträchtliche Anzahl von Bezirkskollegen am frühen Nachmittage zusammengefunden. Es entwickelte sich alsbald ein reges Leben und Treiben auf den bewaldeten Höhen. Namens des Bezirksvorstandes begrüßte Kollege Köhler (Waugen) die Erschienenen in einer kurzen Ansprache, in welcher er auf die Bedeutung des Tages in Bezug auf die Buchdruckerkunst und den Verband hinwies und mit einem kräftig aufgenommenen Hoch auf den letzteren schloß. Kinderbelustigungen aller Art, Preisquadrätele und -schleifen sowie Chororgänge ersten und heiteren Charakters sorgten für abwechselungsreichen Verlauf der Stunden, die leider nur zu rasch entflohen. Die Darbietungen des kürzlich wieder zu neuem Leben erwachten Gesangsvereins „Typographia“ klappten vorzüglich. Ihm sowohl als auch denjenigen Kollegen von Waugen und Bischofswerda, die sich um das gute Gelingen des Festes in der mannigfachen Weise verdient gemacht haben, sei auch an dieser Stelle Dank und Anerkennung gezollt.

**Bezirk Bielefeld.** Für die Kollegen sämtlicher Druckorte des Fürstentums Lippe fand am 28. Juli in Detmold die erste unserer neu eingeführten Distriktsversammlungen statt. Es handelt sich um sechs Druckorte. Behauerlicherweise war von den wenigen in Lage und Bismberg beschäftigten Kollegen überhaupt niemand anwesend. Ebenso war der Besuch aus Salzgitter und Detmold keineswegs zufriedenstellend. Von letzterem Ort um so bedauerlicher, als es sich um den Tagungsort handelte, wo es den Kollegen ohne Mühe und Kosten möglich war, die Versammlung zu besuchen. Um so lobender erwähnt zu werden verdient unter diesen Umständen die zahlreiche Beteiligung der Kollegen aus den Orten Hameln und Bielefeld unseres Nachbarbezirks Hannover (Land), die mit ihrem Vorsitzenden, Kollegen Fritsche (Hannover), aus ersterem Orte zu 90, aus letzterem zu 100 Proz. der Mitgliederzahl erschienen waren. Vom Bezirksvorstande waren die beiden Vorsitzenden Leitz und Flatterich anwesend. Den Mittelpunkt der Tagung bildete ein vortreffliches Referat des Gehilfenvertreeters Rosenbruch über: „Die Grundlagen für Tarifgemeinschaft und Organisation“. In vorzüglicher Weise gekennzeichnete der Referent ein Bild der Situation von heute, die Kampfesweise unserer diversen Widersacher in das rechte Licht rückend. Alles in allem ein Vortrag, der verdient hätte, von sämtlichen Lipper Kollegen gehört und beherzigt zu werden. Es folgte eine kurze Besprechung des Vortrags- und einiger interner Verhältnisse. Zum Schluß der Versammlung drückte dann noch im Namen der Hannoveraner Kollege Fritsche seine Befriedigung und den Wunsch aus, noch öfter die „Nachbarn“ besuchen zu dürfen. — Der Spätnachmittag vereinigte einen Teil der „Ausländer“ (Bielefeld, Bielefeld, Hannover) in dem Badeorte Salzgitter, wo unter der fachkundigen und liebenswürdigen Führung einiger dortiger Kollegen die hauptsächlichsten Schönheiten und Einrichtungen dieses aufblühenden Bades in Augenschein genommen wurden. Aber auch im übrigen verdient diese kleine „internationale“ Zusammenkunft, deren Auflösung sehr schwer vorstatten ging, als würdiger Beschluß unseres ersten Bippertages registriert zu werden.

**Eisenach.** Der Bezirk Eisenach der Maschinen-sehervereingung des Gau's Osterland- Thüringen hielt am 28. Juli hiersebst seine erste Bezirksführung ab, die sehr gut besucht war. Betreten waren die Orte Eisenach (11), Gotha (7), Gildburgshausen (3), Langensalza (4), Meiningen (1), Mühlhausen (4), Salzgitter (1), Wacha (1), Schmalkalden (2), Sonneberg (1). Eingeleitet wurden die Verhandlungen durch ein vom Arbeiter-Jugendchor Eisenach sehr schön vorgetragenes Chorlied. Der Vorsitzende Hoffmann ließ alle Erschienenen herzlich willkommen, ebenso Kollege Köhler auf vom Ortsvereine Eisenach. Einen breiten Raum nahm der Punkt „Tarifliches“ ein. Vorsitzender Hoffmann gab einen Situationsbericht seit Einführung des neuen Tarifs. Er beleuchtete einige Stellen aus der „Zeitschrift“ über die Heranbildung der Reservearmee und kam dann auf die auf der Breslauer Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins erhobenen Vorwürfe, daß die Gehilfenchaft mit der Arbeitsleistung an den Seemannschaften

zurückhalte, zu sprechen. Die Versammlung protestierte gegen diesen Vorschlag entschieden. Es wurde die Resolution des Sachverständigen der Maschinenfabrik am 21. Juli in Dresden auch von uns einstimmig angenommen. Als Ort der nächsten Tagung wurde Salzgitter gewählt. Unter dem Punkte „Technisches“ wurden einige interessante Anfragen besprochen. — Nach Schluß der Versammlung wurde ein gemeinsames Mittagessen eingenommen und hierauf der Warburg ein Besuch abgestattet.

**We. Götterfeld.** Die am 27. Juli stattgehabte Versammlung war schlecht besucht. Zunächst wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Wilhelm Lache gelehrt. Nach Erlebigung des Punktes „Vereinsmitteilungen“ konnten wieder drei Kollegen dem Gauvorstande zur Aufnahme empfohlen werden, während ein Gewohnheitsrefrakt zum Ausschlusse gestellt wurde. Anschließend an die Versammlung fand die Ehrung des Kollegen Gustav Bickhardt für seine 25jährige Verbandszugehörigkeit statt. Als Angebinde des Ortsvereins überreichte der Vorsitzende dem Jubilar einen schönen Sessel. — Das diesjährige Johannistfest beging unser Ortsverein in Form eines Herrenkommers am 22. Juni im „Volkshaus“. Zu dieser Veranstaltung hatten sich über 400 Kollegen eingefunden, darunter einige von Varnen, Solingen und Wald. Auch konnten wir den ersten Verbandsvorsitzenden Döblin in unserer Mitte begrüßen. Die Feier wurde durch einen Begrüßungschor des Kollegengesangsvereins „Gutenbergs“ eingeleitet. Hierauf nahm Kollege Döblin das Wort zu seiner Festrede, die begeistertste Aufnahme fand. Abwechslend folgten dann Musikvorträge, Gesangsvorträge des „Gutenbergs“ und gemeinschaftliche Nicker. — Um auch den Angehörigen der Kollegen etwas zu bieten, fand, gewissermaßen als Fortsetzung des Johannistfestes, am 28. Juli ein Familienfest in dem Gartenrestaurant „Miser Flora“ statt. Hier selbst war für Unterhaltung durch Konzerte, Gesangsvorträge des „Gutenbergs“, Preisquadräteln und Preisschießen bestensorgt. Für die Kinder wurden Spiele mit Geschenkwertung veranstaltet. Selbstverständlich war auch den Tanzlustigen gegen Abend Gelegenheit gegeben, auf ihre Kosten zu kommen.

**F.-ch. Essen.** In der Monatsversammlung am 24. Juli hatten wir Gelegenheit, unsern zweiten Gauvorsitzer, Kollegen Bertram, kennen zu lernen. Wer aber nun angenommen, daß diesmal wenigstens alle abkömmlichen Mitglieder erscheinen würden, sah sich arg getäuscht. Die alten Gesichter, durchschossen mit einigen, die man nur selten in unsern Versammlungen sieht, waren anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Heinrich Kaiser, dessen Andenken von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt wurde. Dann wurde noch mitgeteilt, daß eine Fusion des „Generalanzeiger“ mit der Firma Girardet zustande gekommen. Durch diese Verschmelzung würde wahrscheinlich die Konditionsmöglichkeit in Essen beschränkt werden. Die erste Folge der Fusion sei die Einführung der Sonntagsnacharbeit in dem genannten Betriebe, welchem Beispiele die hiesige zentrumliche „Volkszeitung“ folgen wird. Aufgenommen wurden drei Kollegen und ausgeschlossen ein Mitglied wegen Resten. Dann nahm Kollege Bertram das Wort zu seinem Vortrag über: „Gewerkschaftliche Erziehungsarbeit“. Getreu dem Grundsatze, daß man Vorträge hören und nicht lesen soll, wollen wir auf denselben hier nicht näher eingehen. Aber das müssen wir betonen: Dieser Vortrag war eine echte und rechte Kapuzinerpredigt, wie sie hier schon lange am Plage gewesen. Nur schade, daß diejenigen, für die sie speziell bestimmt gewesen, unsere Fünfjahreskinder, nicht anwesend waren. Sie wären dann vielleicht aus ihrer Lethargie aufgeweckt worden und ihre Heilung dürfte dann wohl von Dauer sein. In der sich anschließenden regen Diskussion brachte ein Redner u. a. einen Fall zur Sprache, der zur öffentlichen Kritik herausfordert. Ein junger Kollege, der in einer Nachbarstadt konditionierte, aber hier bei seinen Eltern wohnte, hatte gehört, daß bei der Firma Fredebeul & Koenen („Volkszeitung“) eine Sekerstelle frei war. Er ging zu einem der Chefs der Firma und bewarb sich um die Stelle. Im Laufe des Gesprächs erzählte dann auch der junge Mann abnungslos, daß er aus Essen sei und auch hier gelernt habe. Auf die Frage, bei wem er denn gelernt habe, antwortete unser Kollege in der „Arbeiterzeitung“. Das war nun zwar die Wahrheit, aber die darf man bekanntlich nicht immer sagen. Der betreffende Prinzipal sagte dem Sinne nach, daß es besser sei, man gehe kein Vertragsverhältnis miteinander ein, denn die Tendenzen der „Arbeiterzeitung“ (soz.) und der „Volkszeitung“ (ultramontan) verträglich nicht miteinander! Was würde eine gewisse Presse wohl für Lüste finden, wenn ein nichtzentrumliches Blatt Arbeiter aus Zentrumsdruckereien nicht einstellen würde, weil sich — die Tendenzen der Zeitungen nicht vertragen? Der ganze Wälderwald dieser Richtung würde über Terrorismus schlimmster Art zernern. Aber im vorliegenden Fall ist es natürlich kein Terrorismus! Und wie nennt man das, wenn dieselbe Firma einen Maschinenfeger, der sich auf ein Inserat hin meldet, in ihrem Antwortschreiben fragt, ob er katholisch sei? Wir können unsern Kollegen nur raten, derartige Fragen stets unbeantwortet zu lassen, das wird diese Herren schon kurieren. Darüber, daß diese Firma auch ihre Inserenten usw. nach ihrem Glaubensbekenntnisse fragt, haben wir bis jetzt noch nichts gehört. Die großen Anzeichen der jüdischen Geschäftseule sprechen auch bereits das Gegenteil aus. Im weiteren Verlaufe der Versammlung gab unser Schiedsgerichtsvorsitzender Bochnitz den Bericht vom Schiedsgericht in erschöpfender Weise. Die hohe

Zahl der bis jetzt vorgelegenen Fälle — 13 — sei eine Erscheinung, die sich noch jedesmal nach einer Tarifneueinführung gezeigt habe und sei auf die noch herrschende Unklarheit zurückzuführen. Auch hieran schloß sich eine angeregte Debatte. Die weiteren Punkte der Tagesordnung behandelten rein interne Sachen.

**Sn. Frankfurt a. M.** (Bezirksversammlung vom 29. Juli.) Die Tagesordnung: „Berufliche Zeit- und Streikfragen“, hatte wieder einmal eine etwas besser als gewöhnlich besuchte Versammlung unsres Bezirks vorzunehmen. Kollege Bachhaus, der das Referat übertragen bekommen hatte, verstand es, an der Hand gut durchgearbeiteten Materials die zeitlichen Strömungen im Prinzipalslager vortrefflich zu beleuchten. Die Breslauer Tagung, die den Anstoß zur Erörterung obigen Themas gegeben, habe bewiesen, daß auf Seiten unsrer Arbeitgeber der Unwille über den letzten Tarifabschluß im Waagen begriffen, während bei den Gehilfen wieder Ruhe und Frieden eingetreten sei. Während die Prinzipalsseite bereits wenige Monate nach der Tarifeinführung neue Pläne zu energischer Wahrung ihrer Interessen zur nächsten Tarifrevision schmiedete, sei die Gehilfenarbeit darauf bedacht, das gemeinsam Beschlossene mit Ruhe und Besonnenheit im Interesse des Gewerbes zu festigen und zur Einführung zu bringen. Der Redner widerlegte an der Hand reichhaltigen und authentischen Zahlenmaterials die Behauptung der Prinzipale, daß der Arbeitsmarkt nicht genügend besetzt sei und wandte sich besonders gegen die Angriffe der Prinzipale aus dem Kreise II. Das Märchen von der Zurückhaltung der Leistungen der Gehilfen fand ebenfalls gebührende Zurückweisung. Die neuere Strömung im Prinzipalslager sei bedenklich. Die Gehilfenarbeit und ihre Organisation brauche aber deswegen die Besonnenheit nicht zu verlieren. Ruhig weiter gerüstet, dem Verband und der Tarifgemeinschaft neue Anhänger zuzuführen, den Verband nach innen und außen zu festigen, das sei für uns die Lehre aus den Strömungen im Prinzipalslager. In diesem Sinne ergrühte der Redner alle Kollegen, ihre Bethegung abzutreiben und die Bestrebungen des Verbandes und des Bezirksvorstandes wirksam zu unterstützen. Kollege Bachhaus erhielt für seinen wirkungsvollen Vortrag lebhaften Beifall. Die Diskussion, die sehr lebhaft einsetzte, bewegte sich im Sinne des Referats. Alle Ausführungen gipfelten in dem Wunsche, daß unsre Bezirkskollegen von nun ab stets zahlreich dem Rufe zur Versammlung folgen möchten.

**Hannau i. Schl.** Der Faktor Richard Wiemer hier selbst konnte am 17. Juli auf eine 25jährige Zugehörigkeit zum Verbands zurückblicken. Aus diesem Anlasse beglückwünschten den Jubilar nicht nur die hiesige Mitgliedschaft, auch der Gau- und Bezirksvorstand hatten den Tag nicht unbeachtet vorübergehen lassen. — In der Monatsversammlung am 27. Juli wurde der Jubilar noch besonders geehrt. Kollege Ruy überreichte für Vertretung des erkrankten Vorsitzenden dem Jubilar seitens des Ortsvereins Hannau ein Schreibezeug mit Widmung. Ferner werden sich die hiesigen Mitglieder bemühen, zu einem Gruppenbild vereinigen und dem Jubilar als Andenken stiften. Kollege Wiemer dankte für die Ehrung. Treues Festhalten am Verbands werde auch ferner sein Bestreben sein. Er ermahnte speziell die jüngeren Kollegen, ein gleiches zu tun. Nach Erlebigung der Tagesordnung blieb man bei einem Glase Bier noch längere Zeit vereint. — Unser Ortsverein hat sich gegenwärtig wieder auf 23 Mitglieder emporgearbeitet. Die Versammlungen sind meistens gut besucht. Es herrscht reges Vereinsleben, wozu die kürzlich eingerichtete Bibliothek erheblich beiträgt. Bei dieser Gelegenheit richten wir an größere Ortsvereine die Bitte, uns in der weiteren Ausgestaltung der Bibliothek durch Überweisung von Duplikaten usw. unterstützen zu wollen. — Das diesjährige Johannistfest feierte der Ortsverein am 21. Juli durch einen Familienausflug nach der „Rapel“ bei Saynau. Das Fest, bei dem wir auch die Freude hatten, Goldberger Kollegen begrüßen zu können, fand in allen seinen Teilen als gelungen bezeichnet werden.

**Heidelberg.** Die am 28. Juli abgehaltene zweite ordentliche Hauptversammlung unsres Bezirks war schlecht besucht, da sich von 155 Mitgliedern nur 62 eingefunden hatten. Nach Genehmigung eines Aufnahme-gesuchs erfolgte die vom Kassierer gegebene halbjährige Rechnungsablage der Bezirks- sowie der Krankenkasse „Typographia“, die beide einen günstigen Bestand aufweisen und zu Bemerkungen keinen Anlaß boten. Hierauf erstattete Gauvorsitzer Fuhs Bericht über die Tätigkeit des Tarifschiedsgerichts Mannheim-Ludwigshafen im Jahre 1911, woran sich eine lebhafteste Diskussion schloß. Verschiedene Vereinsangelegenheiten innerer Natur, bei denen es ebenfalls lebhaft zugeht, bildeten den Schluß.

**G. Mannheim.** Trotz tropischer Hitze fanden wir uns am 27. Juli wieder zu einer Mitglieder-versammlung zusammen. Wenn sie auch anfänglich schlechten Besuch aufwies, so hatten sich doch noch viele Kollegen eingefunden, die jedenfalls vorher noch eine Abkühlung in der freien Natur (N) für gut befanden. Zur Aufnahme stand ein Kollege. Den Bericht über die Abrechnung pro zweites Quartal erstattete der Kassierer Guber. Der Vermögensstand der Bezirkskasse beträgt 10377,82 Mk. Durch das Johannistfest erfuhr das Vereinsvermögen eine Abnahme von 264,91 Mk. Dem Kassierer konnte nicht die sonst übliche Verdarge erteilt werden, da keiner der Revisoren anwesend war. Unser Gauvorsitzer Fuhs erstattete hierauf ein interessantes Referat über:

„Gewerkschaftliche Rück- und Ausblicke“. Dem Vortragenden wurde reichlicher Beifall gezollt. Der letzte Punkt betraf speziell die Bibliothek, die um vieles wieder bereichert wurde.

## Rundschau.

**Rückgang der Leistungen!** Die Buchdruckerei Reuß & Jitta („Konstanzer Zeitung“) in Konstanz, entzog ihrem Personale die schon lange Jahre gewährten Ferien (8 Tage). Nur drei Kollegen, die schon länger als 25 Jahre im Geschäft tätig sind, und bis jetzt 14 Tage bekamen, mußten sich mit einer Woche begnügen. Außerdem mußte jeder Kollege drei Tage auf seine Kosten ausfallen.

**Die Vergebung städtischer Druckerarbeiten.** Eine unruhigliche Ausnahme von den vielen Stadtverwaltungen in Deutschland, die ihre Druckerarbeiten ausschließlich an tariffreie Druckereien vergeben und damit bekunden, daß sie nicht nur mit Worten, sondern auch durch die Tat für Ordnung im gewerblichen Leben eintreten, macht Saarbrücken, der Lummelplatz des bekannten Dr. Zille. Die in Buchdruckerkreisen nicht minder satfam bekannte tariffreie Firma Speich in Wallstadt-Burbach, die ihren Gehilfen nicht nur die Entlohnung und Arbeitsverhältnisse, wie sie der Tarif vorschreibt, vorenthält, sondern ihnen auch noch das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht entzieht, wurde in einer der letzten Stadtverordneten-sitzungen Saarbrückens wiederum mit dem Drucke des Haushaltsstats der Stadt betraut. Es sieht in Saarbrücken 160 tariffreien Buchdruckergehilfen in 17 Druckereien nur etwa ein Duzend tariffreie Gehilfen gegenüber, und dieses Wäderbüdgen hält die Stadtverwaltung für berufen, die umfangreichen städtischen Druckerarbeiten der Haushaltsrechnung herzustellen. Das wird nur dann begreiflich, wenn man weiß, daß hierbei Kräfte im Spiele sind, die hinter den Kulissen eine einmündige Vergebung der städtischen Druckerarbeiten zu hinterheben wissen. Ohne uns auf das uns vorliegende, diese Behauptung rechtfertigende umfangreiche Material vorläufig weiter einzulassen, entsprechen wir daher mit dieser Notiz gern dem Wunsche des Vorstandes unsrer dortigen Mitgliedschaft und veröffentlichen die Bitte: Es möchten alle Ortsvorstände in solchen Städten, wo die Vergebung der städtischen Druckerarbeiten eine vernünftiger als in Saarbrücken ist, dies dem Kollegen H. Feingel in Saarbrücken I, Saargemünder Straße 186 pt., auf einer Postkarte mitteilen. Die Saarbrücker Kollegen glauben, auf diese Weise genügend Material zu erhalten, um durch Vermittlung arbeiterfreundlicher Stadtverordneter in dieser Frage endlich einmal einen Fortschritt zu erzielen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn dieser Wunsch allseitig Beachtung fände und schließlich auch zu dem gewünschten Ziele führen würde.

**Konkurs.** Über die Buchdruckerei S. Ravale in Säßloch wurde das Konkursverfahren eröffnet. Ravale gehörte zu den Tarifverächtern und in seinem Tempel miment neben einem früheren Verbandsmitgliedern zur Wehrlinge. Die Hauptursache war jedenfalls an dem Konkurs, daß er in Inseraten, die den „Häufiger Anzeiger“ zierten, sowie in Anzeigen ganz gehörig schleuberte. Der Konkurs des dortigen Kreditvereins beschleunigte auch den von S. Ravale. Vor einiger Zeit hatte er das Geschäft verkauft, den Kauf aber wieder rückgängig gemacht, nachdem der Konkursverwalter des Kreditvereins Beschlag auf die Kauffumme legen ließ.

**Zur Tarifbewegung der Hilfsarbeiter in Leipzig.** In einer Versammlung am 29. Juli nahmen die Leipziger Buchdrucker-Hilfsarbeiter zum derzeitigen Stand ihrer Tarifbewegung Stellung und brachten das Resultat der Verhandlungen in folgender Resolution einstimmig zum Ausdruck: „Die am 29. Juli im „Pantheon“ versammelten Druckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen protestieren gegen die wiederholte Beschuldigung der Versammlung des Vereins Leipziger Buchdruckerbesitzer, als hätten wir ohne zwingende Gründe den Tarif mit den Steindruckereibesitzern und verwandte Berufe aufgehoben. Wir konstatieren dagegen, daß die Firma Wezel & Naumann unsre Massenfindung, die wir als Antwort auf deren Massenfindung am 8. September einreichten, wesentlich nicht dem Tarifsamte zur Entscheidung unterbreitete, wie wir dieses dem Direktor Protoschin auf dessen Anruf am 23. September empfohlen haben. Wir konstatieren ferner, daß die Vereinigungen der Stein-, Licht- und Notendruckereibesitzer bereits im Jahre 1909 durch ihre Vertreter offiziell erklärten, daß sie das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker nicht anerkennen und sehr wahrscheinlich der Firma Wezel & Naumann diesen Beschleiß erteilten. Die versammelten Konstatieren weiter, daß die im Januar gewählte Lohnerböhung nur 6—8 Proz. (nicht 10 Proz.) beträgt, und für über 700 Beschäftigte in 10 Betrieben gefordert werden mußte. Der ganze Verfallungsbericht wie auch ein verwendender Anhang der Firmeninhaber für die Leipziger Hilfsarbeiter-Gesellschaft ist tendenziös zum Nachteil und zur Einschüchterung für letztere entstellt. Der Organisationsarbeitsnachweis ist wesentlich der Aufhebung noch nicht verfallen, indem erwiesen ist, daß die Einrichtung und Geschäftshandhabung des Paritätischen Arbeitsnachweises nicht im geringsten den beruflichen Anforderungen entspricht, wie dessen Jahresberichte vom ersten bis zum letzten dieses selbst klagen zu geben. Die Verbandsleitung wird deshalb beauftragt, zur Steuer der Wahrheit mittels Flugblätter die Kollegenschaft und die Leipziger Arbeiter-Gesellschaft über solche Entstellungen der Tatsachen aufzuklären. Die

(Fortsetzung in der Beilage.)



# Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

50. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 6. August 1912.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

Nr. 90.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

zahlreichen Hinweise der Firmen, die den einseitigen Tarif nicht unterschrieben haben und verlangen, daß sich unsere Verbandsleitung zwecks eines paritätischen Tarifabschlusses nochmals an die Prinzipalvereinbarung wendet, hat der Vorstand zu respektieren." Im weiteren erklärte sich die gleiche Versammlung auch mit der Verlegung des nächsten ordentlichen Verbandstags der Hilfsarbeiterorganisation nach Leipzig im Jahre 1914, aus Anlaß der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik, einverstanden.

**Zwei italienische Buchdrucker als Märdchenmörder.** Vor einigen Wochen wurde in Gheiso bei Padua die Tochter des Buchdruckereibesizers Micholi ermordet und beraubt. Nun wurden vor einigen Tagen in Wien zwei Buchdrucker namens Andreasi und Cambello verhaftet, die als Täter verfolgt und gesucht wurden. Beide waren bei dem Buchdruckereibesizer Micholi in Gheiso beschäftigt und wurden während dieser Zeit von der 24jährigen Tochter Micholis schroff behandelt. Aus Rache erschossen sie das Mädchen, raubten 172 Lire und einige Schmuckstücke und flohen dann in dem Automobil des Buchdruckereibesizers. Bei Padua erlitten sie eine Panne. Sie ließen das Automobil im Stich und fuhren mit der Bahn über Trieste nach Wien. Hier begab sich Andreasi später auf das italienische Konsulat, um sich Geld zur Rückreise nach Trieste geben zu lassen. Er wurde erkannt und verhaftet; auch sein Spießgeselle wurde kurz darauf entdeckt und festgenommen.

**Ein merkwürdiges Versehen.** In Konstanz vergaß der Vorsitzende des freien Gewerkschaftsartells, die Liste der Kandidaten für die Gewerbegerichtsahlen aus den Reihen der Arbeitnehmer, mit den notwendigen 15 Unterschriften versehen, rechtzeitig einzureichen. Die Folge davon ist nun, daß das freie Gewerkschaftsartell bei den Wahlen zum Gewerbegericht vollständig ausscheidet und das Christliche für die Arbeitnehmer mit seiner Liste ausschlaggebend geworden ist.

**Verzögert bis ins hohe Alter.** Einhundert Mark Jahresentlohnung sind ausreichend für eine alte, gebrechliche Arbeiterin. Das ist der Sinn einer Entscheidung des Schiedsgerichts für Arbeiterentscheidung für den Regierungsvertrag. Nach einem Gutachten der unteren Verwaltungsbehörde war die 66 Jahre alte Arbeiterin B. als fast völlig erwerbsunfähig bezeichnet worden. Die alte, an Alterserscheinungen und einem Leistenbruch leidende Frau konnte fast gar keine Arbeiten mehr verrichten oder doch nur ganz leichte, und diese auch nur mit Unterbrechungen; sie sei infolge dessen erwerbsunfähig im Sinne des Gesetzes. Der Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien lehnte jedoch die Bewilligung einer Invalidenrente ab, da Frau B. noch imstande sei, 100 Mk. jährlich zu verdienen. Und das angesehene Schiedsgericht, zusammengesetzt aus einem Regierungsrate, zwei Grundbesitzern, einem Oberheger und einem Pferdebesitzer, bestätigte die Entscheidung. Der Einwand der Frau B., daß die Alterserscheinungen sehr hartnäckig seien, und daß sie außer an dem Leistenbruch auch an Reiben in der linken Körperseite und an Bittern am ganzen Körper leide, wurde nicht beachtet, sondern entschieden, daß Frau B. nach dem Gutachten des königlichen Kreisarztes, trotz dieser Leiden noch nicht erwerbsunfähig sei im Sinne des Gesetzes. Das Schiedsgericht habe sich diesem einwandfreien Gutachten angeschlossen und damit entgegen der Ansicht der unteren Verwaltungsbehörde für festgestellt erachtet, daß die „Klägerin trotz ihres vorgerückten Alters und ihres mehrfachen Leidens immer noch imstande ist, durch Verrichtung allerhand leichter und mittelschwerer Arbeit ihre nur 100 Mk. betragende Mindestgrenze zu erreichen“. Invalidität im Sinne des Gesetzes liege daher nicht vor. Der Anspruch auf Gewährung einer Invalidenrente sei danach bis jetzt noch unbegründet. Wo mit 27,4 Pf. pro Tag soll die 66 Jahre alte, gebrechliche Arbeiterin ihr Leben fristen, d. h. wenn sich überhaupt jemand findet, der ihr Arbeit gibt, um so viel verdienen zu können.

**Lohnvertragsvorteilerpressung.** Der in allen deutschen Landen bekannte Geistesathlet „Alexander der Große von Saarabiten“, unsern Lesern auch als Dr. Alexander Tille bekannt, gebildet sich gegenüber seinen wissenschaftlichen Gegnern Lujo Brentano und Adolph Wagner schimmer als ein Menschenfresser. Die scharfen geistigen Hiebe, die die beiden letztgenannten ihm besonders in letzter Zeit verabreichten, haben ihn beinahe zum Verfall gebracht. In seiner „Süddeutschen Wirtschaftszeitung“ hat er anscheinend in einem besonders gefährlichen Stadium einen Artikel losgelassen, in dem er nach einer weitschweifigen, nach Jander und Schwefel riechenden Erklärung seines neuesten Schlagwortes „Lohnvertragsvorteilerpressung“ zunächst die Gewerkschaftsbewegung auf eine sittlich viel tiefere Stufe als die Sozialdemokratie stellt. Dann aber stürzt er auf den Münchner Nationalökonom Brentano los. Er schreibt von ihm: Brentano feiert „die Einzelerpressung von Lohnvertrags-

vorteilen durch Wirtschaftsstörung als die Berufspflicht und Klassenpflicht des Lohnarbeiters zur Herbeiführung einer neuen Wirtschaftsordnung, welche nicht mehr dynamokratisch, sondern harpagatisch ist. Harpar heißt nämlich räuberisch. Der Unternehmer erwirtschaftet einen Ertrag, und die Gesamtheit seiner Lohnarbeiter verfest ihn dann durch Wirtschaftsstörung in eine Notlage und erpreßt ihm in dieser einen Teil davon ab. Das ist nach Brentanos Meinung nicht nur sittlich, sondern auch die Kraft, welche aus der „kapitalistischen“ Wirtschaftsordnung in die — paritätismoralistische Wirtschaftsordnung hinüber führt, welche sein Ideal ist. Eine größere sittliche Verwirrung und Verwirrung ist wohl nicht gut denkbar. Man kann wirklich einem heranwachsenden Geschlechte nur Glück wünschen, wenn es so klare und wahrhaft sittliche Führer besitzt. Wir empfehlen unsern Lesern, die das nicht verstehen können, sich an den Urheber dieser Geistesblitze, Dr. Alexander Tille in Saarbrücken, zu wenden. Er wird hoffentlich wissen, was er mit solchen Erpressungen gegenüber dem gesunden Menschenverstand im Schilde führt. Seine neuzeitliche sozialistische Entgeltarbeiterleistung für Unternehmerrückleistung, vermischt mit dynamokratisch-judalkapitalistisch-kommunistischer Harparie, findet in keinem unserer in- und ausländischen Wörterbücher eine Erklärung.

**Unternehmerfabotage.** Während eines dieser Tage in Gingen von den Straßenbahnen durchgeführten Streiks versuchte der Direktor selbst Streikbrecher im öffentlichen Verkehr anzulernen, und zwar mit dem Erfolge, daß zwei Wagen der elektrischen Straßenbahn auseinanderrennten, wovon der eine von dem Direktor selbst geführt wurde. Der Direktor und einige Passagiere wurden dabei verletzt und der Materialschaden ist sehr bedeutend. Damit etwaige anderslautende Schilderungen, besonders solche, die das Unglück auf das Konto der Streikenden schieben wollen, auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden können, benennen wir den Vorfall beim richtigen Namen: „Unternehmerfabotage“. Denn ein Straßenbahndirektor muß wissen, daß ungeleitete Wagenführer eine Gefahr für den Straßenbahnverkehr bilden. Benutzt er solche dementgegen öffentlichen Verkehr, so war ihre ebendie Gesundheit und das Leben der Fahrgäste Geluba und das Wagenmaterial ebenfalls.

**Eine Arztrechnung.** In Charlottenburg überreichte ein Arzt seinem eignen Schwager eine Rechnung über 44600 Mk., wegen der es zur Klage gekommen ist. Der Rechnungsempfänger, ein Berliner Kaufmann, hatte sich in den letzten Monaten von den Professoren Bier (Herlin), Schmidt (Halle) u. a. sowie von dem erwähnten Charlottenburger Arzt behandeln lassen. Die Krantheit hatte auch mehrfache Operationen erfordert. Noch bevor die Liquidationen eingingen, sandte der Patient nach glücklich beendeter Kur sämtlichen Ärzten angemessene Honorare. Der Charlottenburger Arzt erhielt 4000 Mk. Die Ärzte waren in den Honoraren einverstanden mit Ausnahme des Charlottenburger Arztes, der eine besondere Liquidation in Höhe von 44600 Mk. überreichte. Darunter befand sich für 93 Nachtwachen bzw. „Schlafen“ in der Wohnung des Patienten eine Forderung von 23250 Mk., für jede Nachtwache also 250 Mk. Ferner sind zwei „Reiseunterbrechungen“ mit je 1000 Mk. berechnet, eine Injektion unter die Haut mit 250 Mk. u. a. m. Dem geheilten Kaufmann ging diese hohe Einschätzung seiner Gesundheit denn doch zu weit. Er verweigerte auf Anraten anderer Ärzte die Zahlung, worauf der Arzt und Schwager klagbar wurde.

**Anfallenen für Gewerbekrankheiten.** Nach einer Anordnung der staatlichen Gesundheitsbehörde, dem Direktorium der Bundeskasse, in Ungarn sollen folgende Gesundheitsgefährdungen den Betriebsunfällen gleichgestellt werden: Milzkrankheit, Wurmkrankheit, Rog; Vergiftungen durch Blei, Phosphor, Arsen, Benzol, Nitro- und Amidoverbindungen, Schwefelkohlenstoff, Salpetersäure und nitrose Gase, Quecksilber; weiterhin Krümmungen und Hautgeschwüre, Chromatgeschwüre, Teerfahndigungen der Augen und Haut; Paraffin- und Rußtrebs; endlich eine Reihe typischer Berufskrankheiten: Nyktagnus der Vergleute, Star der Glasbläser, die Caillonkrankheit; dann Sehnenscheiden- und Schleimbeutelentzündungen und Zellgewebsentzündungen, soweit sie sich von der beruflichen Eigenart ableiten. So weit ist man in Deutschland noch nicht gekommen, obwohl es bei Beratung der Reichsversicherungsordnung nicht an Bemühungen nach dieser Richtung gefehlt hat.

**Aus der guten alten Zeit.** In einem alten Buch aus dem 15. Jahrhundert mit dem wunderschönen Titel: „Allerhand Handlungen für junge Leute, so sich der Kremerie und Handels besteißen thun bei Rauff, Verkauf und Tausch bei Hause und Jahmarkt. Vertescht aus den wahrhaftigen Cronica seit die Welt stetet biß auf dies Jahr, so man zählt 1468 nach Christo“, wird u. a. folgendes berichtet: „Frumbheit ist die erste tugendliche Eigenchaft eines Kremers, doch hast du auf den Nuchtheil zu hantiren. — Bei Maß und Gewicht

sein allerhand Kunst zu machen, wan du fir 2 Pfennige Kimmel mehen thust, halte das Maßlein fein trumb, als hestest du das Mehen in deiner Hant, mit der andern Hant fille ain und ehe es sol ist, stirze es der Kunde im Topf. — Anderer Hantgriff: So du Honig auf die Wag gibst, gebe Stein als Gewicht, so daß dein Topflein tiffer stehet, sonst hast du kein Gewinn. — Anderer Hantgriff: Wigest du mit der Hantwage Pfeffer über 3 Pfennig, so schnelle mit dem langen Finger der linken Hant das Zingelein so, daß man glauben thut, es ist mehr als man verlangt. — Anderer Hantgriff: So du eine Ele Hantbandelei oder Weißzeug mehen thust, so halte den Daum der rechten Hant mit der Fleischseite auf das Bändelein, beim abschneiden aber überlege dein Daumlein bis zur Nagelwurzel, so gewinnest du bei jeder Ele eine Nagelenge, beim Verkauf thue das ungelehrte bizer Regeln. — Anderes: So du Baumehl (Baumöl) mehest, thue das Ziment lange abtropfen lassen, geuße aber schnell das Ehl in deiner Kunde Täpfein, und hange dein Zimentlein im Stanter, so wirst du zu was kommen. — Anderes: Ist dir an eine Kundin was gelegen, so mache dich gefelig, sage, daß sie schön seyn und du wohlgefallen an Ir findest; sie wird gebendet seyn und kannst auf vorteilhaftem Verkauf sicher seyn, auch wenn die Weiber hübsch und narbig sind, thue ihnen schön, es bringt Nuch. — Anderes: Ist dir an eine hübsche Kundin gelegen, so mache dich gefelig, mache den Zeigefinger auf die Zunge naß, greife ihr damit auf die Wade oder Halskraus, thue, als hestest du ain Ungezieler gefangen, werks auf die Erde und tret darauf, sie wird dir danken für den freundschaftlichen Dienst, den du ihr gethan — bringt dir Nuch! — Anderes: Wen dir ain Rathsherr oder ainer von der Geistlichkeit etwas nach Eien oder Gewicht abtaufen thut oder gar nach Maßlein und Pfennig, gib ihnen reichlich, denn wise wuß, gelahrte Herren thun alles nachwiegen und mehen, und werden dich darob loben und sonderlich erens. — Regul I. Farst du auf den Jarmarkt durch fern Gauen oder Wald, nim klaine Rad an dein Wagen und hüte dich, daß du keine Grundruhr zahlen mußt, sonst ist dein Gewinn verloren. — Regul II. Hast du deine War gut auf den Markt gebracht, hilt dich vor zwei Weirn, fir Marktbitte, und bei Nacht für Megdelein, die dir so will pöses anthun, daß du dein lebelang ain Frisöl pleißt! — Regul III. Dein Grobgeld und Pfennige trage fleißig in dein Beigort, und laß nicht merken, daß du ainen solchen hast, so du eine Brennsuppen kaufest, gebe nur ain 2-Pfennigstück zum auswekeln, so man kein Geld bei dir glaubet, Gaudibisse sind überall.“

**Gesellschaftliche Sicherung des industriellen Friedens.** Nach dem „Berliner Tageblatt“ wurde kürzlich im Parlament von Queensland eine Vorlage eingebracht, die die Sicherung des industriellen Friedens bezweckt. Nach dieser Vorlage wird ein künftiges industrielles Schiedsgericht eingesetzt. In einem Konflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern kann der Richter entweder als Vermittler eingreifen oder eine Konferenz aus Vertretern der streitenden Parteien zusammenberufen. Jede Vereinbarung von Arbeitnehmern oder Arbeitgeber, die das Urteil nicht anerkennt, muß eine Geldstrafe von zehntausend Mark zahlen. Der Arbeitgeber, der sich diesem Schiedsgericht nicht unterwirft, zahlt eine Strafe von fünfzehntausend Mark; jeder einfache Arbeiter zahlt zweihundert Mark. Jeder, der eine Aussperrung begünstigt, wird in eine Strafe von zwanzigtausend Mark genommen werden, und jeder, der an einem Streik teilnimmt oder Arbeiter zum Streik aufreizt, zahlt eine Strafe von tausend Mark. Streiks und Aussperrungen sind ungesetzlich, bis die obligatorische Konferenz sich ohnmächtig erwiesen hat, das Einvernehmen wieder herzustellen und beide Teile einem dazu ernannten Beamten vierzehn Tage vorher von ihrer Uneinigkeit offiziell Nachricht gegeben haben. Die Vorlage hat allem Anschein nach Aussicht, im Parlament eine Mehrheit zu finden, dürfte aber untes Erachtens schwerlich ihren Zweck erfüllen. Dafür sind die Endbestimmungen über die Verteilung von Differenzen viel zu dehnbar und mehr im Interesse der Unternehmer gehalten als in dem der Arbeiter.

**Baufatastrophe.** Ein großes eisernes Gerüst in einer noch im Bau befindlichen Maschinenhalle des Großkraftwerks Franzen bei Nürnberg stürzte plötzlich ein und begrub viele Arbeiter unter den Trümmern. Nach den letzten Nachrichten sind bis jetzt 11 Arbeiter tot und 35 teils schwer, teils leichter verletzt aus den Trümmern hervorgezogen worden; mehrere Arbeiter werden noch vermisst.

## Briefkasten.

D. S. in M. Das ist doch keine Verbandsnachricht! Im Ihnen jedoch im Interesse der guten Sache behilflich zu sein, möge der „Seher Herrmann Szibant“ aus Gerbauen i. Dstpr. (Hauptbuchnummer 6048, Gau Ostpreußen 740), früher in Mainz, jetzt angeblich in Bad Nauheim, das Bewußte sofort portofrei an Paul

**Tümmeler** in Mainz, Margaretenstraße 19 I, einsenden. — R. E. in Pfaffenborn: Ihre Anfrage kostete Straßporto und kann von uns nicht beantwortet werden. Je nach Druckmaschine, Farbe usw. ist Vorarbeit und der Druck selbst sehr verschieden. Wenden Sie sich an den Vorstand des Maschinenmeistervereins in Stuttgart: G. Söber, Heusteigstraße 33 II. — W. R. in Leipzig: Wenden Sie sich an das hiesige Gaubureau. — W. R. in Dresden: Nota liegt beim Kollegen Steinbrück. — G. W. in Wismar: 2 M.

- Wer an den „Korr.“ etwas zu berichten oder beim „Korr.“ etwas anfragen hat, muß unter allen Umständen folgendes beachten:
1. Manuskriptpapier nicht auf beiden Seiten beschreiben;
  2. Keine Klein- und auch keine Zinckastile verwenden;
  3. Nicht zu eng schreiben, damit reaktionelle Änderungen oder stilistische Verbesserungen vorgenommen werden können;
  4. Durch Korrekturen, Änderungen oder Zusammenstreichungen nicht das Manuskript völlig unlesbar machen;
  5. Namen und Briefen recht deutlich schreiben;
  6. Berichte vom Vorjährigen gegenseitigen Interes und Artikel einen Ausweis über die Mitgliedschaft zum Verbände beifügen!
  7. Einfindungsfrist für Berichte eine Woche nach Statistiken der betreffenden Veranstaltung;
  8. Nichtig frankieren, da sonst Annahme verweigert werden muß und durch Nachsendung dann unangenehme Verzögerung der Aufnahme eintritt;
  9. Die Erziehung von Druckereien infolge entfallender Differenzen erfolgt nur durch besondere Bekanntmachung des Verbandes vorstands. Mitteilungen über den Ausbruch von Konflikten sind daher nicht an die Redaktion, sondern nur an erstere Adressen zu richten. Im „Korr.“ kann erst nach vorausgegangener Bekanntgabe durch den Verbandsvorstand eine nähere Schilderung der Differenzen erfolgen;
  10. Anfragen an den „Korr.“ dürfen nicht Auflegungen des Verbandsrats oder des Zentrals zum Gegenstand haben, auch dürfen sie sich nicht auf Dinge beziehen, die völlig außerhalb des Gewerbes und Berufs liegen, denn der „Korr.“ ist kein allgemeines Anstaltsbureau. Schriftliche Antworten werden überhaupt nicht erteilt, auch nicht, wenn Fremdarbeiter der Anfrage beifügt sind;
  11. Redaktions- und Angelegenheiten: für die Dienstnummern am Sonnabend früh, die Donnerstagnummer am Dienstag früh und die Sonnabendnummer am Donnerstag früh.

## Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamißoplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Kurzübr. Nr. 119L

### Bekanntmachungen.

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß bei allen Konditionsangeboten vor der Annahme eines Engagements Erkundigungen eingezogen werden müssen. Mitglieder, die diese statutarisch vorgeschriebene vorherige Anfrage unterlassen, werden auf die Dauer von 13 Wochen außer Bezug jeder Verbandsunterstützung gesetzt, ebenso erhalten solche Mitglieder im Fall eines Umzugs keine Umzugsbeihilfe.

Anfragen bei Konditionsangeboten sind nur zu richten für den Gau:

- Bayern: Joseph Seitz, München, Holzstraße 24 I.
- Berlin: Albert Massini, Berlin SO 16, Engeler 14/15 I.
- Dresden: Heinz Wendische, Dresden, Wachsbleichstraße 8.
- Gesäß-Vöhringen: Joseph Wigner, Straßburg i. E., Bähricher Straße 20 III.
- Erzgebirge-Vogtland: Otto Dähnel, Chemnitz, Felsstraße 35 part.
- Frankfurt-Hessen: C. Dominé, Frankfurt a. M., Wielandstraße 2 III.
- Hamburg-Altona: W. Dreier, Hamburg, Wesenbüdenhof 68 L.
- Hannover: Karl Rosenbruch, Hannover, Detmoldstr. 11.
- Leipzig: Karl Engelbrecht, Leipzig, Weißerstraße 9 I.
- Mecklenburg-Vorpommern: L. Dahnke, Schwerin i. M., Mühlstraße 10 I.
- Mittelrhein: Heinz Fuhs, Mannheim, Pözzstraße 8.
- Nordwest: C. Könnau, Bremen, Falkenstraße 4 I.
- Oberhessen: Karl Lindenlaub, Freiburg i. Br., Jassusstraße 101.
- Oder: Paul Hannack, Stettin, Turnerstraße 10 I.
- Osterrhein-Vöhringen: Emil Prox, Weimar, Buttelfelder Straße 6 I.
- Oberrhein: S. Reizner, Königsberg i. Pr., Wallische Gasse 12 III.
- Posen: Felix Wagner, Posen O 1, Königsplatz 5, Gartenhaus, 2. Eingang III.
- Rheinland-Westfalen: Emil Albrecht, Köln a. Rh., Gereonshof 28.
- An der Saale: Hugo König, Halle a. S., Kleine Klausstraße 7 I.
- Schlesien: Karl Fiedler, Breslau I, Kupferschmiedestr. 7 II.
- Schleswig-Holstein: M. Prüter, Kiel, Schauenburgerstraße 34 part.
- Westpreußen: St. Nagrotyk, Danzig, Petershagen a. d. R. 12 I.

**Württemberg:** Karl Rnie, Stuttgart, Heusteigstr. 54 p. Die Gaueinteilungen finden die Mitglieder in den „Beckhüssen des Vorstandes“, Seite 20—36.  
Berlin.

### Der Verbandsvorstand.

Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind unbedingt Erkundigungen einzuziehen, da die betreffenden gegenseitigen Verbände solche Mitglieder sofort ausschließen bzw. auf die Dauer von sechs Monaten und mehr außer Bezug sämtlicher Mitgliedsrechte setzen, welche ohne vorherige Anfrage eine Kondition angenommen haben. Die Adressen dieser gegenseitigen Verbände sind für:

- Belgien: A. van Haesendonck, Molenbeek-Bruxelles, 40, rue van Meyel.
- Bosnien und Herzegowina: Typographenverein, Sarajewo, Postfach.
- Bulgarien: V. P. Dulgeroff, Sofia, General-Parensoff-Straße 16.
- Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybrogade 12.
- Finnland: O. A. Nyman, Helsingfors, Fabriksgatan 8.
- Riga und die baltischen Provinzen: „Neuer Baltischer Bucharbeiter“, Riga, Postfach 616.
- Frankreich: A. Keufer, Paris, Rue St. Antoine 62.
- Italien: Carlo Raimondi, Milano, Via Manfredo Fanti 10.
- Kroatien: Ludw. Wieser, Agram, Primorska ulica 2.
- Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstraße 7.
- Norwegen: O. Ruud, Kristiania, Youngsgaden 13.
- Österreich: F. Reifmüller, Wien VII/I, Seidengasse 15.
- Rumänien: N. N. Stoica, Bukarest, Boulevard Carol I (Bursa Muncel).
- Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jacogsgatan 22a.
- Schweiz (deutsche): J. Schlumpf, Bern, Speichergasse 29.
- Schweiz (französische): Arnold Bovard, Lausanne, 3, Avenue Beauregard.
- Serbien: Todor Nestorovitsch, Belgrad, Zeleni Venac 7.
- Ungarn: Redaktion der „Typographia“, Budapest VIII, Bérkocsi-utca 1.

### Der Verbandsvorstand.

Zur Berichtigung des am 15. August neu erscheinenden Adressenverzeichnis werden diejenigen Bezirksvorsteher und Kassierer bzw. Vorstehenden der größeren Mitgliedschaften, die ihre Wohnung verändert und diese Veränderung im „Korr.“ noch nicht bekanntgegeben haben, ersucht, ihre neue Adresse bis spätestens 8. August der Hauptverwaltung: Berlin SW 29, Chamißoplatz 5 II, anzugeben.

In letzter Zeit wird mehrfach darüber Beschwerde geführt, daß Reisende im Besitze von Quittungsbüchern waren, in denen auf Seite 2 die eigenhändige Unterschrift des Inhabers fehlte. Da durch die fehlende Unterschrift die Kontrolle erschwert und Betrügereien erleichtert werden, auch den Reisenden große Verlegenheiten entstehen können, so verweisen wir erneut darauf, daß das Quittungsbuch dem Reisenden erst dann ausgehändigt werden darf, wenn dieser in Gegenwart eines Funktionärs auf Seite 2 des Buchs seine Unterschrift gegeben hat.

Der häufige Verlust von Quittungsbüchern durch Diebstahl oder durch andre Ursachen veranlaßt uns zu dem dringenden Ersuchen an die reisenden Kollegen, auf die Verwahrung ihrer Quittungsbücher die allergrößte Sorgfalt zu verwenden. Der Verlust eines Quittungsbuchs ist — ganz abgesehen davon, daß Unberufene die Verbandskasse schädigen können — mit vielen Unannehmlichkeiten und auch mit Schädigungen für den Reisenden verbunden, der während der Zeit, in der er ohne Buch reist, keine Unterstützung erhält. Bei dieser Gelegenheit machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß für die Ausfertigung eines neuen Buchs als Ersatz für ein verloren gegangenes eine Gebühr von 50 Pf. zu entrichten ist. (Siehe Bekanntmachung im „Korr.“ 1912 in den Nr. 34, 36, 38.) Die Herren Reiskasserverwalter

werden gebeten, die reisenden Kollegen auf diese Bekanntmachung hinzuweisen.

Dem Verbandsvorstande sind in neuerer Zeit Fälle bekannt geworden, daß bezugsberechtigte Invaliden, die wieder in Druckerien tätig waren, nach Beendigung der Kondition Invalidenunterstützung erhielten. Die Auszahlung dieser Unterstützung ist in solchen Fällen aber nicht statthaft, da nach § 6 der Verbandsbeschlüsse (e. Invalidenunterstützung, S. 18) nur derjenige Anspruch auf Invalidenunterstützung hat, der dauernd erwerbsunfähig ist zur Arbeit in und für Buchdruckerien bzw. Schriftführer.

Berlin, den 24. Juli 1912.

### Die Hauptverwaltung.

#### Adressenveränderungen.

**Annaberg-Buchholz.** Vorsitzender: Hugo Mey, Frohau bei Annaberg Nr. 80c.  
**Bautzberg** (Bezirk und Ort). Wegen Abwesenheit des Vorsitzenden vom 7. bis 14. August sind sämtliche Sendungen in Verbandsangelegenheiten während dieser Zeit an den zweiten Vorsitzenden Hermann Pantey, Hansstraße 83, zu richten.  
**Düsseldorf.** (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Karl Flormann, Korneliusstraße 39.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Essen der Drucker Gerhard Weise, geb. in Köln a. Rh. 1887, ausgl. in Essen (Ruhr) 1904; war schon Mitglied. — Otto Kraus in Essen-Mittelnheide, Alfriedstraße 1a.

#### Arbeitslosenunterstützung.

**Elbing.** Die Herren Reiskasserverwalter werden gebeten, die von hier gemachte Reizenotiz in dem Quittungsbuch des auf der Reise befindlichen Segers Edwin Gütthier (Hauptbuchnummer 64092) zu beachten. Selbiger hat von seiner Schuld bis jetzt 5,00 M. eingezahlt, so daß noch 8 M. in Abzug zu bringen sind. Sollte G. irgendetwas in Kontribution getreten sein, so bitte ihn an seine Verpflichtungen zu erinnern. Bei Nichteinfindung an den Kassierer Paul Warne würde sein Ausschluß beantragt werden.

**Röstin.** Die Herren Reiskasserverwalter werden gebeten, dem Seiger Felix Herrmann aus Danzig den Vorfuß von 5,15 M. abzugeben und portofrei an den Kollegen Bruno Prause, Auenstraße 21, zu senden.

**Schwerin i. M.** Dem wahrscheinlich auf der Reise befindlichen Seiger Christian Rissen (Hauptbuchnummer 73828; Class-Vöhringen 96) sind wegen unliebsamer Vorkommnisse im Verkehrslokale (Höfstr.) die dem R. bekannt, 2 M. abzugeben und portofrei an den Vorstehenden Friedrich Franz Bartels, Gr. Moor 17, einzuliefern. Die Herren Reiskasserverwalter werden um gefl. Erleichterung freundlichst ersucht.

**Weimar.** Die Herren Reiskasserverwalter werden gebeten, dem Seiger Paul Grundmann aus Radebeul (Hauptbuchnummer 31454) den Betrag von 12,10 M. in vier Raten abzugeben und portofrei an J. Palm, Vertuchstraße 2a, einzuliefern.

#### Veranstaltungskalender.

- Burg b. M. Versammlung Sonnabend, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Adolf Chemnitz, Schlarauer Straße 4.
- Potsdam. Versammlung Sonnabend, den 10. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
- Königsberg. Versammlung Sonnabend, den 10. August, im „Lindenhof“.

#### Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239.  
Telefonadresse: 2. S. des Geschäftsführers, Herrn Paul Schliabs.

#### Bekanntmachung.

Aus dem Verzeichnis der tarifreinen Druckerien gestrichen wurde die Firma:

Gedr. Müller in Kassel (Kreis III).  
Berlin, 1. August 1912.  
Dr. Martin Cohn, L. S. Giesecke, Stellvert. Prinzipalvorsitzender, Gehilfenvorsitzender, Paul Schliabs, Geschäftsführer.

**Entgehende Buchdruckerei**  
mit Zeitungsverlag verhältnismäßig über zu verkaufen. Offerten unter R. 87 befördert die Annoncenexpedition Jacques Albin, Berlin W 35. [751]

**Monotypiegeher**  
gelernter Gelehrter, gut zuverläßig, flott arbeitend, zu möglichst sofortiger resp. baldiger Antritt nach Leipzig, nicht vorübergehend, gesucht.  
Offerten mit Angabe der bisherigen Tätigkeit sowie Lohnansprüchen unter L. W. 4883 an Rudolf Hoffe, Leipzig, erbeten. [750]

Maschinenwerkstätten besetzt. Bewerber besten Dank. [749]  
„Freie Volkszeitung“, Göttingen.

Wir suchen **tüchtige Graveure** und zwar eine **erste Kraft**, versteht in Stahl- und Zinnarbeiten und ein **zweite**, die einig geübt ist in Steinätzen, Bleich- und feineren Zinnarbeiten. Offerten sind unter Vorlage von Proben mit Angabe der Gehaltsansprüche einzuzureichen. [748]  
Schriftgießerei **Gensch & Beyse**, Hamburg, München.

**Monolinefeker**  
mit langjähriger Praxis, durchaus sicherer Maschinenlenker, flotter und korrekter Seher, in die für sofort oder später dauernde Kondition. Offerten mit Gehaltsangabe unter Nr. 748 an die Geschäftsstelle d. W. erbeten.

**Gegen monatl. Zeitzahlungen**  
erhalten Verbandskollegen Vorstand u. Webers Al. Konversationslexikon u. andre größere Werte durch R. Siegel, München SO 7, Holzstr. 7. [649]

**H. MATHAEUS DESSAU**  
Flossergasse 46  
Katalog gratis u. fr.

Zu Osttagsfeiern, Zusammenkünften, Ausflügen etc. ist das **Deutsche Buchdrucker-Liederbuch** von R. Krahl bestens zu empfehlen. Nr. 1,25 M., im Buchhandel teurer. Adress & Hille in Leipzig.

**Nich. Härtels Bucherverband**  
(R. Siegel), München SO 7, Holzstraße 7.  
Büchlerliteratur, Werte, Musikalien u. Theaterstücke. Katalog unentgeltlich und frei.  
Illustrierte Encyclopädie der graphischen Künste und der verwandten Zweige. 911 S. Lexikonformat mit 331 Zil., eleg. geb. 10 M.

Am 28. Juli verschied infolge eines Schlaganfalls unser lieber Kollege und langjähriger Vereinsdiener, der Setzerinvalide **Otto Reichel**  
aus Leipzig, im 71. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [747]  
Die Mittelschicht Augsburg.

Am 2. August verstarb nach langer Krankheit unser lieber Kollege, der Setzerinvalide [761]  
**Konrad Buchholz**  
im 53. Lebensjahre. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.  
Ortsverein „Autonburg“, Wismar.